

Unabhängiger Monitoringausschuss zur Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

*BMASK, 1010 Wien, Stubenring 1
18.06.2015, 14:00 bis 17:30 Uhr*

Vorsitz: Marianne **Schulze**; Christina **Wurzinger** ab TOP 14

Mitglieder des Ausschusses:

Vertreter/innen der organisierten Menschen mit Behinderungen:

Erich **Schmid**
Marianne **Schulze**
Silvia **Weissenberg**
Christina **Wurzinger**

Vertreterin aus dem Bereich der Menschenrechte:

Eva-Elisabeth **Szymanski**

Vertreterin aus dem Bereich der Entwicklungszusammenarbeit:

Magdalena **Kern**

Vertreterin der wissenschaftlichen Lehre:

Ursula **Naue**

Ersatzmitglieder des Ausschusses:

Bernadette **Feuerstein**
Wolfgang **Nowak**
Florian **Wibmer**

Büro: Waltraud **Palank-Ennsman**
Wolfgang **Iser**

Resümeeprotokoll

An Unterlagen liegen vor Tagesordnung, Entwürfe von Stellungnahmen zu „Maßnahmenvollzug: Anhörungen“ und „Unterstützung Angehöriger“, Punktation zu „Bewusstseinsbildung“ sowie das Protokoll des Vernetzungstreffens der Landes-Monitoringorgane.

1. Tagesordnung

Die Tagesordnung wird angenommen.

2. Protokoll der öffentlichen Sitzung

Der im Umlaufwege erfolgte Beschluss des Protokolls zur öffentlichen Sitzung am 28.04.15 wird hiemit protokolliert.

3. Umlaufbeschluss SchUG/SchOG-Novelle

Der im Umlaufwege erfolgte Beschluss der Stellungnahme zur SchUG/SchOG-Novelle wird hiemit protokolliert.

4. Nachbesprechung öffentliche Sitzung

Die Mitglieder reflektieren die öffentliche Sitzung in St. Pölten zum Thema De-Institutionalisierung. Die Vorsitzende betont die Wichtigkeit, dass Mitglieder des Ausschusses bei öffentlichen Sitzungen auf dem Podium klar ihre Rollen als Mitglieder und NGO-VertreterInnen trennen müssen.

5. Nächste öffentliche Sitzungen im Herbst 2015 und im Frühjahr 2016

Die Vorsitzende berichtet, dass eine Fixierung des Termins im Herbst im Parlament insofern schwierig sei, als der Budgetsaal derzeit weitgehend durch den aktuellen Untersuchungsausschuss belegt sei. Als Alternativörtlichkeit wird die neue Wirtschaftsuniversität angedacht. Inhaltlich sei noch an den Begrifflichkeiten zu arbeiten (community based – „gemeindenah“; „Mini-Heime“). Insgesamt soll der Schwerpunkt auf einem möglichen (partizipativen) Prozess und auf Zielen liegen, nicht zu viel auf inhaltlichen Details.

Wo das vielfach kolportierte Gerücht herkomme, die nächste Sitzung werde das Thema „Selbstvertretung“ haben, könne die Vorsitzende nicht sagen.

Betreffend die Frühjahrsitzung berichtet das Büro, dass beabsichtigt sei, eine auf Barrierefreiheit spezialisierte Organisation zu beauftragen, geeignete Örtlichkeiten in Landeshauptstätten bzw. verkehrsgünstig gelegenen größeren Städten in den Bundesländern zu katalogisieren. Prioritär solle die Möglichkeit einer Sitzung in Kärnten geprüft werden.

6. Stellungnahme „Maßnahmenvollzug: Anhörungen“

Der Entwurf wird diskutiert. Die Vorsitzende berichtet, dass es sie besonders schockiert habe, dass die Qualität der Anhörungen trotz ihrer Anwesenheit als Vertreterin eines gesetzlichen Menschenrechts-Überwachungsorgans nicht besser gewesen sei. Rechtlich unklar sei, ob die Anhörung, die Teil des Strafvollzugs und nicht des Strafverfahrens sei, als solche dem Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention („Faires Verfahren“) unterliege. Dem Erlass einer verpflichtenden anwaltlichen Vertretung werde jedenfalls nicht Folge geleistet.

7. Stellungnahme „Unterstützung Angehöriger“

Der Entwurf wird diskutiert. Über Angehörige hinaus sollten auch sonstige in einem Naheverhältnis stehende Personen erwähnt werden. Das Phänomen der Überforderung Angehöriger solle noch stärker eingebracht werden. Die Vorsitzende wird den Entwurf auf der Grundlage des Besprochenen finalisieren.

8. Punktation „Bewusstseinsbildung“

Die Punktation wird diskutiert. Herr Wibmer wird die Ausarbeitung fortführen.

9. Gutachten Universität Innsbruck

Frau Szymanski referiert ausführlich über die Inhalte des Gutachtens. Sie wird ihre schriftlichen Aufzeichnungen noch an die Vorsitzende übermitteln.

10. Protokoll des Vernetzungstreffens der Landes-Monitoringorgane

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

11. Nationaler Aktionsplan Begleitgruppe

Das Gremium habe sich verstärkt in Richtung einer „Durchnick“-Gruppe entwickelt. Die Vorsitzende berichtet, dass der Selbstvertreter angedeutet habe, dass er sich aus der Begleitgruppe zurückziehen wolle, auch weil es mit der Unterstützung in der Sitzung durch den anderen Vertreter der Lebenshilfe nicht funktioniere.

Die Neuübersetzung der Konvention liege derzeit bei der Europäischen Kommission, Zeitlinien könne man keine angeben.

12. Berichte

a) Bundesbehindertenbeirat

Die Vorsitzende berichtet vom Bundesbehindertenbeirat am 8. Juni. Es habe weder zu ihrem Bericht noch zu dem des Behindertenanwalts Rückfragen gegeben.

b) Österreichische Juristenkommission

Die Vorsitzende und Frau Szymanski berichten von der Tagung der Österreichischen Juristenkommission am 14. Mai zum Thema „Altern in Würde“. Unter anderen seien Volksanwältin Brinek, Sektionschef Kathrein und Sektionschef i.R. Germ anwesend gewesen. Es habe weitgehenden Konsens zum Erfordernis einer fundamentalen Umgestaltung des Sachwalterrechts gegeben.

c) Bundeskanzleramt Arbeitsgruppe Medien

Herr Wibmer berichtet von der Sitzung am 20. Mai. Die Arbeit werde ambitioniert fortgesetzt, in wenigen Monaten sollen die Ergebnisse präsentiert werden.

d) Sachwalterschaft

Die Vorsitzende berichtet von einer Sitzung des BMJ mit SelbstvertreterInnen am 3. Juni. Das neue Recht solle den Namen Erwachsenenvertretung erhalten. Es solle in Zukunft gewählt und nur in Ausnahmefällen gerichtlich verfügte Vertretung geben, die mit einem engen Auftrag ausgestattet, zeitlich befristet und zwingend zu überprüfen sei. Das Modell Clearing solle auf alle bestehenden Sachwalterschaften ausgedehnt, die Anzahl der Vertretenen maßgeblich reduziert werden.

e) Sachwalterschaft II

Bei einer Veranstaltung in der Volksanwaltschaft seien u.A. Volksanwältin Brinek und Bundesminister Hundstorfer anwesend gewesen. Zentrales Thema sei u.A. die Stärkung sozialer Arbeit gewesen.

f) Sachwalterschaft III

Eine Veranstaltung im BMJ am 15. Juni mit dem Fonds Soziales Wien sei gewissermaßen der Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen des BMJ mit den Ländern.

g) Arbeitsgruppe Parlament Helsinki

Die Vorsitzende berichtet von einer Arbeitsgruppe in Helsinki am 25. Mai. Finnland wolle noch heuer die Konvention ratifizieren und wolle sich mit anderen Ländern erfahrungsmäßig vernetzen.

h) Work Forum Brüssel

Frau Wurzinger berichtet vom Work Forum in Brüssel. Dort seien neben RegierungsvertreterInnen und der Zivilgesellschaft auch Überwachungsorgane vertreten. Themen seien u.A. gewesen die Europäischen Strukturfonds, die List of Issues für eine Prüfung der EU als Unterzeichnerorganisation der Konvention, der Zivilgesellschaftsbericht des European Disability Forum. Eine Schwierigkeit liege darin, dass die menschenrechtlichen Standards des Europarats und der UN-Konvention nicht deckungsgleich seien.

13. Allfälliges

- a) Frau Naue berichtet, dass sie wie andere Personen im Mai eine Einladung zur Angebotslegung betreffend eine zu vergebende Studie „Gewalt und

Missbrauch an Menschen mit Behinderungen erhalten habe (ausgehend von einer Entschließung des Nationalrats im November 2014). Auf der Grundlage einer Datei (Einrichtungsverzeichnis) der Volksanwaltschaft sollen rund 4 200 Einrichtungen mit dem Anspruch auf Repräsentativität untersucht werden. Die Kosten dürften die Vergabegrenze von € 100.000 nicht überschreiten. Sie und andere ForscherInnen seien übereingekommen, ein Forschungsdesign zu umreißen und darzulegen, dass seriöse Forschung dieses Umfangs zu diesem Preis nicht möglich sei.

- b) Frau Kern berichtet, dass der Menschenrechtsrat der UN eine Resolution zu Artikel 11 der Konvention (Gefahrensituationen und humanitäre Notlagen) plane. Sie regt an, eine Stellungnahme des Ausschusses dazu zu verfassen.
- c) Herr Nowak berichtet vom in Begutachtung befindlichen Entwurf einer Novelle zum Urheberrechtsgesetz, von der blinde Menschen glauben, dass diese zu einer Verschlechterung ihrer Situation führen könnte.
- d) Frau Schulze legt ihre Funktion als Vorsitzende des Ausschusses zurück. Sie teilt mit, dass sie den Herrn Bundesminister für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz ersuchen werde, sie auch von der Mitgliedschaft zu entbinden. Frau Wurzinger übernimmt in ihrer Rolle als stellvertretende Vorsitzende vorläufig die Geschäftsführung des Vorsitzes. Die Mitglieder und das Büro nehmen die Entscheidung der scheidenden Vorsitzenden mit großem Bedauern zur Kenntnis und danken ihr für ihre langjährige hervorragende Arbeit für die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Österreich.

14. Termine

Die nächste Sitzung findet am **30.06.2015** von **15:30** bis 17:30 Uhr im **Saal IV** des BMASK statt. Thema wird vor allem die weitere Positionierung des Ausschusses sein.

Christina Wurzinger (stv. Vorsitzende)

Ursula Naue (stv. Schriftführerin)